

Aktuelle Debatte:

Politik mit Sorgen und Ängsten

Fear and Loathing in der sozialen Frage

Julia Hofmann, Oliver Nachtwey

Einleitung

Angesichts des Brexit und der Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA im letzten Jahr las man im Feuilleton beinahe täglich von den „zornigen Arbeitern“, die derzeit „aufbegehren“ würden und dabei meist populistischen Lösungen anheimfallen. Von bürgerlich-liberaler Seite wurde dies vor allem dazu genutzt, um sich von diesen WählerInnengruppen zu distanzieren und zu argumentieren, dass diese die Segnungen der Globalisierung schlichtweg ignorieren würden. Auch in den Konflikten um die europäische Integration waren diese Töne zu vernehmen. Wer nicht wisse, dass etwa der Brexit wirtschaftliche Nachteile für jeden Briten und jede Britin bringen würde, der sei zu langfristiger Reflexion eben nicht in der Lage und würde sich von den PopulistInnen verführen lassen.

Dass hinter der scheinbar unerklärlichen Wut dieser Menschen aber auch reale Abstiegserfahrungen und -gefährdungen liegen, wurde im Feuilleton nur sehr zögerlich anerkannt. Meist überwog das Erstaunen und Entsetzen über den Ausgang der Wahl. Erst nach zahlreichen medialen Berichten über die verwahrlosten Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit in den ehemals so stolzen Industriegebieten in den USA oder Großbritannien, setzte sich doch die Vorstellung durch, dass der Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien auch ein wirtschaftliches und soziales Element habe. Tatsächliche politische Alternativen wurden jedoch kaum formuliert. Man sprach zwar wieder häufiger von sozialer Gerechtigkeit. Wenn man konkret werden musste, blieb von den Forderungen nach Umverteilung jedoch nicht mehr viel übrig.

Ausgehend von dieser Debatte möchten wir in unserem kurzen Beitrag zum einen zeigen, dass die sozialwissenschaftliche Forschung schon seit längerem auf eine Zunahme sozialer Ungleichheit und damit entstehenden Verunsicherungen bei breiten Teilen der Bevölkerung hinweist. Zum anderen versuchen wir, den Konnex zwischen den Verunsicherungen in der Bevölkerung auf der einen Seite und dem Zulauf zu rechten bzw. rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen zu erklären und zeigen, dass dieser keineswegs notgedrungen ist, sondern aus einer „Lücke der politischen Repräsentation“ entstanden ist.

Die Rückkehr der sozialen Frage ...

Um das Ausmaß an sozialer Verunsicherung in den westlichen Ländern besser verstehen zu können, hilft ein Blick zurück in die wirtschaftliche und soziale Geschichte dieser Länder. Nach 1945 hat sich zunächst ein neuer sozialer Konsens herausgebildet, der auf der Vorstellung des Wohlstands für breite Teile der Bevölkerung basierte. Jeder und jede sollte die Chance bekommen aus der Armut herauskommen, sozial aufzusteigen und einen gewissen Lebensstandard zu etablieren. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden der Wohlfahrtsstaat ausgebaut, die Sozialausgaben erheblich gesteigert und wiederholt Schübe von

Verstaatlichungen in Gang gesetzt. Die soziale Mobilität nahm hierdurch in Westeuropa zu, während die Ungleichheit zurückging (Kaelble 2007; Mau 2009).

Allerdings endete in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die Glanzzeit der Wohlfahrtsstaaten, der Kapitalismus geriet ökonomisch in eine bis heute nicht gelöste Krise, und das Pendel begann zurückzuschwingen. Seitdem ist das Modell der sozialen Integration unter Druck geraten und die soziale Ungleichheit hat wieder zugenommen. In den folgenden beiden Jahrzehnten verlangsamte sich der Trend zu einer Abmilderung der Einkommensungleichheit und kehrte sich schließlich in einigen Ländern sogar um. Ab den siebziger Jahren vergrößerten sich in allen westlichen Ländern bei den Vermögen die Ungleichheiten (vor allem im Zuge der zunehmenden Finanzialisierung) (Piketty 2014). Auch die soziale Aufwärtsmobilität stagnierte (Kaelble 2007; Therborn 2000). Den Fahrstuhleffekt, den der Soziologe Ulrich Beck in den 1980er Jahren beschrieb – also die Vorstellung, dass Arme und Reiche gemeinsam in einem „sozialen Fahrstuhl“ nach oben fahren würden (Beck 1986) –, gibt es in dieser Form nicht mehr. Während die einen, die ohnehin Wohlhabenden und SpitzenverdienerInnen, weiter nach oben fahren, haben die anderen, die ArbeitnehmerInnen, in den letzten Jahrzehnten eine Stagnation bei ihren Einkommen hinnehmen müssen, für einige geht die Reise sogar nach unten (Milanovich 2016).

Eine bedeutende Rolle spielten in diesem Zusammenhang die Veränderungen in der Arbeitswelt. Die Lohnarbeit an sich geht zwar nicht aus, aber die *gute Arbeit*. Was sich dramatisch ändert, sind die Verhältnisse, in welchen wir arbeiten und arbeiten werden. Im sozial regulierten Kapitalismus war die unbefristete Stelle, die dem Kündigungsschutz unterliegt und soziale Sicherheit gewährt, Quelle und Ausdruck sozialer Integration. Doch der Radius der Sicherheit ist kleiner geworden. Die Zahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse – von Teilzeitjobs über geringfügige oder befristete Arbeitsverhältnisse hin zu Leiharbeit –, also in der Regel prekären Jobs, ist in allen europäischen Ländern massiv gestiegen. Prekarität ist nun als wachsender Teil des Arbeitsmarkts institutionalisiert und trifft nicht mehr nur die Ränder.

...und die Zunahme sozialer Verunsicherung.

Die Zonen der Stabilität und Sicherheit schrumpfen also. In den Familien vieler ArbeitnehmerInnen haben sich dementsprechend Abstiegsängste breitgemacht. Viele kennen im Freundes- oder Bekanntenkreis Menschen mit prekären Jobs oder Abstiegs Erfahrungen. Bei den jüngeren Generationen hat sich die Erwerbsbiographie verändert. Viele von ihnen sind heute länger prekär beschäftigt und landen erst später, wenn überhaupt, in einem gesicherten Arbeitsverhältnis.

Der Lebensstandard sinkt jedoch noch nicht für alle unmittelbar, weil einige vom Wohlstand der Elterngeneration weiter zehren können. Dies führt zu einer „Refeudalisierung sozialer Ungleichheit“ (Neckel 2010), dem (Wieder-)Entstehen einer „Erbengesellschaft“ und damit höchst ungleichen Startvoraussetzungen. Auch durch den Umbau des Sozialstaats und den Rückbau sozialer Staatsbürgerrechte kehren Klassenstrukturierungen auf die Bühne der Debatte rund um soziale Ungleichheit zurück (Nachtwey 2016).

Verzweiflung, Anpassung oder Widerstand?

Eine Folge dieser Entwicklung ist das Entstehen neuer sozialer Konflikte: In einigen Ländern, wie etwa Deutschland, kam es (z.B. in den Dienstleistungsbranchen) zu einem An-

stieg von Arbeitskonflikten und Streiks. Auch globale Protestbewegungen, die die Verteilungsfrage stellen – wie zwischenzeitlich Occupy –, sind neu entstanden. Solche sozialen Bewegungen stellen jedoch bisher die Ausnahme dar. Allgemein haben sich in breiten Teilen der Bevölkerung – sowohl in der Mitte als auch weiter unten – eher Formen von Abstiegsängsten breitgemacht: Selbst dann, wenn man im Grunde gesichert ist, hat sich durch die Beobachtung des sozialen Umfeldes sowie durch die internationale Instabilität der Eindruck verbreitet, der eigene Wohlstand sei auf Abruf gestellt. Viele reagieren darauf, indem sie ihre eigene Leistungsbereitschaft und Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt weiter erhöhen – und leider auch ihre Solidaritätspotentiale einschränken (Hofmann 2015). Für andere stellt sich ihre eigene Lage eher statusfatalistisch dar (Staab 2014). Sie glauben nicht mehr daran, sich aus der eigenen Lage befreien zu können. Wieder andere wenden sich denjenigen zu, die ihre sozialen Verunsicherungen und Abstiegsängste thematisieren – das sind derzeit in vielen Ländern Europas jedoch teils rechte Gruppierungen. Aber warum?

Die „Politik der Mitte“

Wie weiter oben erwähnt, ist die etablierte Politik mittlerweile zwar sensibilisiert für den Anstieg sozialer Ungleichheiten. Sie reagiert darauf aber auf eine ganz spezifische Weise: Die (ehemals) großen Volksparteien fokussieren vor allem auf die sogenannte (und sehr amorphe) Mitte der Gesellschaft. Wer die „Mitte“ tatsächlich ist und welche Interessen sie verfolgt, bleibt dabei allerdings bewusst diffus. Das liegt auch daran, dass sich möglichst jeder und jede von den politischen Botschaften angesprochen fühlen soll. Und als Teil der Mitte empfindet sich zumindest in Deutschland und Österreich ein großer Teil der Bevölkerung. In dieser Mitte befinden sich heute nicht nur die ehemals klassischen KleinbürgerInnen, also die Selbstständigen, LadenbesitzerInnen oder AnwältInnen, und die mittleren Angestellten, sondern auch viele in der Vergangenheit aufgestiegene ArbeiterInnen und ihre Familien. Die Mitte ist auch eine Art Sehnsuchtsprojekt, zu dem jeder und jede gehören will: Die Ärmeren, weil sie nicht ganz unten in der Gesellschaft stehen wollen, die Abstiegsgefährdeten, weil sie nicht nach unten fallen wollen und die Reicheren, weil sie dadurch ihre privilegierte Stellung in der Gesellschaft verstecken können.

Die Mitte gilt weithin auch politisch als der Ort des sozialen und vor allem politischen Ausgleichs (Münkler 2010). Doch diese Perspektive trägt. Das Angebot, das die Politik der „Mitte“ macht, ist keineswegs notwendigerweise progressiv und zielt nicht auf die Einhegung des Marktes bzw. auf die Perspektive einer solidarischen Gemeinschaft, sondern lediglich auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen, um sich im Wettbewerb besser behaupten zu können: Mehr Bildung, mehr Flexibilität, mehr Work-Life-Balance. Natürlich gäbe es durch die Globalisierung und den Standortwettbewerb einen erhöhten Druck auf Beschäftigte. Daher müsse man eben weiter in deren Qualifizierung investieren oder die Anreize für Unternehmen sich im eigenen Land anzusiedeln weiter erhöhen.

Gleichzeitig führt eine Verengung auf die „Mitte“ insbesondere für die Sozialdemokratie zum Abschied von der Emanzipation der unteren Klassen. Die Mitte und ihre Lebensführung werden normativ überhöht, so dass alle, die es nicht in die Mitte geschafft haben, sich als inferior ansehen müssen. Wer es nicht schafft, Teil der Mitte zu werden, gilt in Zeiten des neoliberalen Kapitalismus als selbst schuld. Armut wird als individuelle Schande erachtet. Aus widrigen sozialen Bedingungen könne man sich herausarbeiten, wenn man nur wolle. Zur Mitte zu gehören, bedeutet daher nicht nur nicht arm zu sein, sondern gilt

als auch ein „Beweis“ für die eigene Leistungsbereitschaft. Die Mitte ist die Gruppe der „Etablierten“, die es sich herausnehmen darf, die unteren Klassen als „Außenseiter“ zu betrachten (Elias/Scotson 1993). Die unteren Klassen finden damit gesellschaftlich immer weniger Solidarität und haben bei den etablierten Parteien kaum eine Stimme mehr; sie haben ihre politische Repräsentation weitgehend verloren.

Wer thematisiert die „soziale Frage“?

Sowohl die derzeit noch Stablen mit Abstiegsängsten als auch die akut Abstiegsgefährdeten bzw. Prekären fühlen sich vom politischen Mainstream-Angebot immer weniger angesprochen. In diese Lücke der politischen Repräsentation stößt derzeit vor allem der Rechtspopulismus, der die soziale Frage wieder aufnimmt (Jörke/Nachtwey 2017). Ihm geht es jedoch weniger um die unteren Klassen, die ethnisch und geschlechtlich äußerst heterogen sind. Er adressiert vor allem den „kleinen Mann“, also den vermeintlich „einfachen“ (und in der Regel weißen) Arbeitnehmer oder Selbständigen. Der kleine Mann ist eine Anrufung an einen Teil der alten Arbeiterklasse – der zuweilen tatsächlich abgehängt oder abstiegsbedroht ist – als kleinbürgerliches Subjekt: das sind die hart arbeitenden Menschen, die ihre Steuern zahlen (oder im angelsächsischen Raum: *hard working people who play by the rules*). So wie die RechtspopulistInnen ihn adressieren und produzieren, ist er der ehemalige Etablierte, der auf Grund der Globalisierung (und der MigrantInnen, Flüchtlinge, Frauen, ...) um seinen Status fürchtet.

Damit fühlen sich bestimmte Bevölkerungsgruppen wieder angesprochen und in der politischen Debatte ernst genommen. Allerdings ist das Mittel der Integration der Sozialchauvinismus. Verschiedene soziale Gruppen werden gegeneinander ausgespielt: MigrantInnen gegen „Einheimische“, Frauen gegen Männer, diejenigen, die ganz wenig haben, gegen diejenigen, die etwas mehr haben. Auch Macht- und Herrschaftsverhältnisse geraten nicht in das Blickfeld, sondern werden gerade unsichtbar gehalten, da die Gesellschaft von RechtspopulistInnen als homogenes, nationales Konstrukt gedacht wird. Die soziale Frage wird zwar aufgenommen, aber gleichzeitig von der vertikalen Dimension zwischen oben und unten zu einem Konflikt der Kulturen stilisiert.

Fazit

Was lernen wir nun aus den Erfahrungen des Jahres 2016? Durch die politischen Entwicklungen des letzten Jahres haben einige wirtschaftliche und soziale Aspekte mediale Aufmerksamkeit erlangt, die in den Jahren davor zwar in der Wissenschaft bekannt waren, politisch aber eher unter den Tisch gekehrt wurden. Der Soziologe Didier Eribon hat von einer Art „politischen Notwehr der unteren Schichten“ (Eribon 2016: 124) gesprochen.

Gleichzeitig scheint sich die politische Lage weiterzuzuspitzen. Während die einen Brexit, Trump und Co als Ausrede benützen, um sich weiter von den scheinbar Ungebildeten abzugrenzen, versuchen die anderen, den sozialen Verunsicherungen und Abstiegsängsten lediglich mit einer Verbesserung der Rahmenbedingungen, um sich im Wettbewerb besser behaupten zu können, zu entgegen. Die soziale Frage wird, wenn dann, meist nur national-exklusiv gestellt und an tatsächlichen Alternativen zur neoliberalen Globalisierung scheint es weitgehend zu fehlen. Wie u.a. Jeremy Corbyn jedoch mit seinem Erfolg gezeigt hat, kann auch die politische Linke die soziale Frage wieder thematisieren – und dabei sogar ein wenig begeistern.

Literatur

- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Elias, Norbert/Scotson, John L. (1993): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Jörke, Dirk/Nachtwey, Oliver (2017): Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien. In: Leviathan Sonderband 32, i.E.
- Hofmann, Julia (2015): Fear of Social Decline and Treading on Those Below? The Role of Social Crises and Insecurities in the Emergence and the Reception of Prejudices in Austria. In: Kiess, Johannes/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): German Perspectives on Right-Wing Extremism. Challenges for Comparative Analysis. London: Routledge, 104–121.
- Kaelble, Hartmut (2007): Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart. München: C.H. Beck.
- Mau, Steffen/Verwiebe, Roland (2009): Die Sozialstruktur Europas. Konstanz: UTB.
- Milanovic, Branco (2016): Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Münkler, Herfried (2010): Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung. Reinbeck: Rowohlt.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Piketty, Thomas (2014): Capital in the twenty-first century. Cambridge: Cambridge University Press.